



Schutz für Kleingärten vor Verdrängung: Berliner Senat will Gesetzentwurf im Oktober verabschieden

71.000 innerstädtische Gartenparzellen gibt es in Berlin. Das Ziel, ihren Bestand zu sichern, gibt es seit Jahren. Jetzt geht es noch um eine Frage: Welche Ausnahmen wird es geben?

Von [Robert Kiesel](#)
14.09.2024

Die jahrelange Hängepartie um die gesetzliche Sicherung [der Kleingärten in Berlin](#) könnte schon bald ein Ende haben. Wie die federführend zuständige Umweltsenatorin Ute Bonde (CDU) sowie Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) am Samstag übereinstimmend erklärten, befindet sich der Senatsentwurf für das sogenannte Kleingartensicherungsgesetz „auf der Zielgeraden“. „Ich bin absolut guter Dinge, dass wir es diesmal schaffen werden“, erklärte Bonde und stellte eine Verabschiedung des Entwurfs durch den Senat im Oktober in Aussicht.

Verhandlungsbedarf gibt es laut Auskunft der beiden Senatsmitglieder aber auch weiterhin mit Blick auf die Ausnahmen von der Sicherung. Es werde „um Formulierungen gerungen“, erklärte Gaebler und fügte hinzu: „Wir müssen die Sicherung festschreiben und Ausnahmen formulieren, die dann nicht wieder Tür und Tor öffnen für eine Beliebigkeit.“ Es müsse jedoch auch weiterhin möglich sein, zugunsten von Bauprojekten im

öffentlichen Interesse - etwa dem Bau von Schulen - Kleingärten zu opfern.

Umweltsenatorin Bonde will bei Ausnahmen genau hinschauen

Dies solle aber wenn überhaupt nur in Ausnahmefällen passieren, betonte Gaebler. „Die Ausnahmen müssen berechenbar sein“, erklärte Gaebler und kündigte an, die Staatssekretäre beider Häuser würden sich am Montag zusammensetzen, um letzte Details zu klären. Abseits dieser Ausnahmen soll das Gesetz Kleingärten vor Verdrängung etwa durch Wohnungsbau schützen.

Bonde, für die das Thema fünf Monate nach Amtsübernahme noch Neuland ist, machte deutlich, dass die Umweltverwaltung beim Thema Ausnahmen sehr genau hinschaut. „Wir sind da restriktiver als die Stadtentwicklungsverwaltung“, erklärte Bonde und kündigte an, im Fall der Fälle direkt mit Gaebler verhandeln zu wollen. „Die Umweltverwaltung setzt sich dafür ein, dass die Ausnahmen ganz ganz gering möglich sind und sehr bestimmt formuliert werden“, erklärte Bonde. „Da sind wir uns einig“, reagierte Gaebler.

Seit Jahren wird um Sicherung von Kleingärten gestritten

Beide waren einer Einladung zum Erntedankfest der Kleingartenanlage „Bornholm I“ nach Pankow gefolgt. Moderiert wurde die Debatte von Tagesspiegel-Autor Robert Ide, der auch Vorsitzender des Kleingartenvereins Bornholm I ist.

Die Sicherung der rund 71.000 Kleingärten Berlins haben sich in den vergangenen Jahren wechselnde Koalitionen auf die Fahnen geschrieben – ohne Ergebnis. Bereits 2016 hatten sich SPD, Linke und Grüne vorgenommen, Kleingärten zu sichern. 2021 hieß es im rot-grün-roten Koalitionsvertrag: „Eine gesetzliche Sicherung wird geprüft.“

Ein Jahr später beerdigte die damalige Umweltsenatorin Bettina Jarasch (Grüne) den Plan und erklärte ebenfalls in der Kleingartenanlage „Bornholm I“: „Machen Sie sich bitte nichts vor.“ Es handele sich bei der Debatte um „ein Phantom“, da rechtlich der Bund zuständig sei.

CDU und SPD wiederum einigten sich 2023 im Koalitionsvertrag auf die Formulierung: „Die Kleingärten werden durch ein Flächensicherungsgesetz oder eine Stiftungslösung gesichert.“ Das zwischenzeitlich von der CDU favorisierte Stiftungsmodell wurde auf der Strecke fallengelassen. Im Juni 2023 sicherte Regierungschef Kai Wegner (CDU) zu, Kleingärten auf landeseigenen Flächen auch unter dem Druck der dringend benötigten Errichtung neuer Wohnungen erhalten zu wollen.

Bis das Gesetz tatsächlich durch das Abgeordnetenhaus verabschiedet wird, dürften aber noch einige Monate vergehen. „Es könnte Anfang des kommenden Jahres so weit sein“, erklärte Linda Vierecke, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und ihrerseits Mitglied im [Kleingartenverein „Bornholm 1“](#). Zunächst müsse der Senatsentwurf die zuständigen Fachausschüsse des Abgeordnetenhauses passieren, erklärte Vierecke und kündigte an: „Wenn uns die Sicherung nicht ausreicht, dann wird die Fraktion nachschärfen.“

Danny Freymark, Amtskollege Viereckes aus der CDU-Fraktion, zeigte sich am Samstag ebenfalls optimistisch. Wichtig sei, dass Kleingärtnern, die von Ausnahmen betroffen seien, attraktive Alternativangebote gemacht würden, erklärte Freymark dem Tagesspiegel. „Kleingärtner sind in der Regel gute Umweltschützer. Die brauchen wir in der wachsenden Stadt“, sagte Freymark.